

„Antiliberale Wende“ oder „Geringfügige Verspätung“

Tschechische und slowakische Reaktionen auf das französische „Nein“ zum Verfassungsvertrag

„Das Dokument ist tot“: Erste Reaktionen tschechischer Politiker

Der tschechische Premierminister Jiří Paroubek bedauert das Ergebnis des Referendums in Frankreich. Präsident Václav Klaus reagiert dagegen erfreut auf die französische Ablehnung des Verfassungsvertrages. Den Ratifizierungsprozess fortzusetzen sei überflüssig. Jan Zahradil, Europaabgeordneter und Schattenaußenminister der gegenwärtig stärksten politischen Partei der Bürgerlichen Demokraten (ODS), schließt sich Klaus an: „Im Moment ist das Dokument für uns tot.“

Die Vorstellungen des Präsidenten und der ODS widersprechen denen der tschechischen Regierung. Der Ministerpräsident behauptet, die ‚Verfassung‘ lebe weiter. Es verspäte sich lediglich ihr Inkrafttreten. Der tschechische Kommissar Vladimír Špidla ruft zur Fortsetzung des Ratifizierungsprozesses auf. Erst soll das Gesamtergebnis bewertet und anschließend entschieden werden, rät der Kommissar. Auch Außenminister Cyril Svoboda sieht in der Ablehnung der ‚EU-Verfassung‘ kein Risiko für die europäische Integration: „Der Prozess setzt sich fort. Wenn andere Länder zum Prozess „Ja“ sagen, kann das Referendum in Frankreich wiederholt werden.“ Ein größeres Problem tauche erst dann auf, wenn mehrere große Länder den Verfassungsvertrag ablehnen, meint Svoboda.

Dennoch hat seine christdemokratische Partei (KDU-CSL) jetzt die Positivkampagne bis auf weiteres gestoppt. Der stellvertretende Vorsitzende und Parlamentsvizepräsident Jan Kasal sagte eine für heute mit der Konrad-Adenauer-Stiftung geplante Veranstaltung zum europäischen Verfassungsvertrag, an der Svoboda und der slowakische Parlamentspräsident Dr. Pavol Hrusovsky teilnehmen sollten, kurzfristig ab.

Presseecho zum Französischen Referendum:

1. Tschechien: Ein „NE“ in großen schwarzen Lettern

Mit dem tschechischen Wort für „Nein“ beginnen die Aufmacher aller tschechischen Tageszeitungen schreit. Der Hauptmeldung folgen zahlreiche Analysen und Kommentare über die Gründe und Folgen des Ergebnisses des französischen Referendums.

Europäische Union steckt in der Krise

Der Kommentator der Hospodářské noviny Adam Černý behauptet, das Referendum deckt die Krise in Frankreich und in der Europäischen Union auf. „Die Krise besteht darin, dass ein Projekt abgelehnt wurde, dem fünf Jahre Vorbereitung vorausgingen. Das Projekt erforderte von allen Beteiligten Kompromissbereitschaft“. Die „EU der Fünfundzwanzig“ werde zwar weiterhin in der Lage sein, ihre Funktionen auszuüben, das reiche jedoch nicht: „Die Verhandlungen über die Zukunft des EU-Haushalts sind bereits kompliziert. Das jedoch, was jetzt beginnt, wird noch komplizierter sein. Nach der heutigen Krise kann eine weitere kommen.“

Ein verspätetes Referendum über die Erweiterung

In Lidové noviny kommentiert das „Non“ Luboš Palata. Er findet es paradox, dass in Tschechien gerade diejenigen applaudieren, gegen die die Franzosen abgestimmt haben. „Die Franzosen, die Non sagten, lehnten vor allem das Europa ab, was die Bürgerlichen Demokraten und ihr Ehrenvorsitzender Klaus wollen.“ Palata erklärt, dass das französische Non ein verspätetes Referendum über die Erweiterung war. „Es war die Ablehnung eines Europas, das Staaten umfasst, in denen für die gleiche Arbeit wie in Frankreich zehnmal weniger als dort bezahlt und viel länger gearbeitet wird. Und dies ohne Wehklagen und Demonstrationen“, so Palata.

Das französische „Non“: Das Ende eines liberalen Europas?

In Mladá fronta dnes wertet Michal Mocek den Ausgang des Referendums als Rückschlag für liberale Tendenzen: „Es (die Ablehnung des Entwurfs; A. d. U.) ist ein Problem nicht nur für die Tschechen oder die Polen, die danach streben, die Barrieren abzubauen, die den Zugang auf die Arbeitsmärkte in Frankreich und auch anderswo erschweren.“ Mocek behauptet, dass auch die USA oder die Chinesen die „antiliberale Wende“ spüren werden. „Das kann die Position der Union auf dem Weltmarkt schwächen“, warnt Mocek.

Euro braucht keine Union

Der Analytiker der Investmentgesellschaft PPF Pavel Kohout denkt in Lidové noviny über die Folgen des möglichen Scheiterns des Verfassungsvertrags für die gemeinsame europäische Währung nach. Am Beispiel des so genannten Goldenen Standards aus dem 19. Jahrhundert zeigt der Autor, dass die Währungsunion auch ohne politische Union funktionieren kann. Es müssten nur relativ einfache Regeln eingehalten werden, glaubt Kohout und fügt hinzu: „Für die Beobachtung, ob sie [die Regeln] eingehalten werden, bedarf es keines zusätzlichen Organs. Diese Arbeit er-

ledigt der Markt selbst: die Länder, die von einer vernünftigen Wirtschaftspolitik abweichen, werden für ihren Wagemut hart bestraft.“

2. Slowakei: „Wichtiger Motor des Integrationsprozesses mit Kolbenfresser“

„Franzosen lehnen Europaverfassung eindeutig ab“

Die Europäische Union muss neue Lösungen suchen, heißt es in dem Bericht Jana Mikusovas auf der Titelseite der Tageszeitung SME. Das französische „non“ sei eine harte Niederlage für die Regierung, für Präsident Jacques Chirac, für Frankreich als EU-Mitgliedsstaat und für ganz Europa. Die negative Entscheidung der Franzosen werde jetzt wahrscheinlich auch das Referendum in den Niederlanden beeinflussen. Die Verfassung sollte die Beziehungen in der EU transparenter gestalten und aus der EU eine Weltmacht machen. Stattdessen wackle die Union jetzt in ihren Fundamenten.

Erstes Opfer des Referendums wird wahrscheinlich Premierminister Raffarin sein, verkünden weitere Kurzberichte. Nicht nur Premierminister Raffarin, sondern auch die oppositionelle Sozialistische Partei und sogar Präsident Chirac seien nach dem Referendum geschwächt, analysiert die SME auf ihren Auslandsseiten. Die politische Szene Frankreichs liegt in Trümmern, die Extremisten sind gestärkt, der ehemalige Integrationsmotor Frankreich habe einen Kolbenfresser, meint Mikusova. Der einzige, der die Referendumskampagne gut überstanden habe, sei Nicolas Sarkozy, der vom Volk vorgezogene Präsidentschaftskandidat und Chef der regierenden UMP: „Wenn jetzt Chirac entscheidet, seinen Rivalen zum Premierminister zu ernennen, wird die Popularität von Sarkozy sinken. Bisher konnte Sarkozy viel freier reden. Er hat seit Anfang dieses Jahres nur noch ein Parteiamt inne“.

Die sauberste Lösung für Frankreich wäre jetzt, ähnlich wie in Deutschland, eine vorgezogene Parlamentswahl. Es sei jedoch unwahrscheinlich, dass Chirac zwei Jahre vor der regulären Wahl ebenfalls Neuwahlen ausschreibe, schließt Mikusova.

„In Frankreich verlor die Union ihre Verfassung“

... schreibt Klaudia Laszloova, die Korrespondentin der Pravda in Paris, und fährt fort: „Die Europaverfassung steht vor dem Aus, die Mehrheit der Franzosen lehnt sie ab.“ Laszloova analysiert die politische Szene in Frankreich und die möglichen Schritte der EU in Sachen Verfassung. Es sei nicht ausgeschlossen, dass die EU Druck auf Frankreich ausüben werde, das Referendum erneut auszuschreiben. Die Franzosen sagten „non“ zur Europaverfassung, heißt es auch in einem Bericht auf der Titelseite der Narodna obroda. Das „non“ verursache gleich zwei große Krisen, meint der Autor: die Krise der Europaverfassung und die Krise der französischen Innenpolitik. In Frankreich werde der Premierminister ausgewechselt, während die Union erst eine Lösung finden müsse.

Bratislava/Prag, den 31. Mai 2005

Pavína Richterová
(Wiss. Mitarbeiterin)

Dr. Stefan Gehrold
(Außenstellenleiter)

Gabi Tibenská
(Wiss. Mitarbeiterin)

Christoph Esser